

30./7. 1919

Die Besserstellung der Staatsangestellten.

Eine Reihe von Anträgen betreffend die Besserstellung verschiedener Kategorien der Staatsangestellten und Staatspensionisten wurde vorgestern im Finanz- und Budgetausschuß der Nationalversammlung behandelt.

Der Antrag der Abgeordneten Dr. Reich, Dr. Kamef, Dr. Seipel betreffend die Einsetzung einer Kommission zur Vorbereitung einer Entschuldungsaktion der Staatsangestellten wurde vorläufig zurückgestellt. Den Anträgen Dr. Seipel, Dr. Reich, Paulitsch betreffend die Pragmatisierung der Buchführerinnen, Kalkulantinnen und Disponentinnen des Postsparkassenamtes hat die Regierung bereits Rechnung getragen. Die Durchführung des Antrages Dr. Reich betreffend die Uebernahme jener Beamten der Gruppe C, die alle drei juristischen Staatsprüfungen abgelegt haben, in die Gruppe A erfolgt anlässlich der allgemeinen Neuregelung, sofern die Petenten die Ablegung der praktischen Prüfung nachweisen. Dem Antrag Dr. Seipel, Dr. Reich betreffend die Regelung der Dienstes- und Bezugsverhältnisse der aus den auf ehemaligem österreichischen Boden neu errichteten Nationalstaaten vertriebenen Staatsangestellten deutschen Stammes konnte augenblicklich keine Folge gegeben werden. Bezüglich des Antrages Dr. Anton Maier, Fischer betreffend die Pragmatisierung der staatlichen Steuerreferenten laufen Verhandlungen. Auch dem Antrag Hödermahr betreffend die Besserstellung der Staats- und der Bezirksförster wird anlässlich der Besoldungsreform Rechnung getragen.

Der Antrag der Abgeordneten Dr. A. Maier, Fischer, Steinegger betreffend die Auszahlung der Zuwendungen für die Staatspensionisten, Witwen und Waisen ist bereits erledigt.